

## Das deutsche Blutsmodell (III) 26.11.2009



**BOLZANO/WIEN/BERLIN** (Eigener Bericht) - Völkische Kräfte in Österreich verlangen die Anwendung deutscher "Blutsrechts"-Praktiken auf die deutschsprachige Bevölkerung Norditaliens. Demnach soll die Regierung in Wien an rund 300.000 Norditaliener ("Südtiroler"), deren Vorfahren bis zum Ersten Weltkrieg Österreicher waren, österreichische Pässe verteilen.

Damit würde die Einverleibung von Bürgern angrenzender Staaten, wie sie Deutschland gegenüber seinen Nachbarländern im Osten längst praktiziert, erstmals in Westeuropa durchgeführt. Die Forderungen begleiten Gespräche über die Aufnahme eines Paragraphen in die Verfassung Österreichs, der Wien offiziell zur "Schutzmacht" der "Südtiroler" erklären soll - eine direkte Attacke auf die staatliche Souveränität des EU-Mitglieds Italien. Gleichzeitig erstarken in Südtirol Stimmen, die ein völkisch begründetes Sezessionsrecht verlangen, ebenfalls unter Rückgriff auf deutsche Konzepte. Bereits im Frühjahr hieß es in grün-alternativen Kreisen Norditaliens, man denke über die Gründung eines "Freistaats Südtirol" nach dem "Modell Liechtenstein" nach. Die völkische Rechte zielt auf den Anschluss an Österreich.

### Schutzmacht

Ausgangspunkt der neuen "Südtirol"-Debatte in Österreich sind Pläne, die Verfassung des Landes um einen sogenannten Schutzmacht-Paragraphen zu erweitern. Darin soll Österreich ganz offiziell zur "Schutzmacht" aller deutschsprachigen Bürger Norditaliens erklärt werden. Die Pläne, mit denen Wien sich de facto ein Interventionsrecht in Norditalien anmaßt, werden bereits seit mehreren Jahren diskutiert [1]; jedoch ist ein entsprechender Beschluss aus dem Jahr 2006, der von fast allen Parlamentsparteien (SPÖ, ÖVP, BZÖ und FPÖ) getragen wurde, noch nicht umgesetzt worden. Dies soll nach dem Willen der mitregierenden ÖVP jetzt geschehen. Der Südtirol-Sprecher der konservativen ÖVP, Hermann Gahr, kündigt an, "dass bis Dezember ein gemeinsamer Antrag im Parlament auf dem Tisch liegen wird".[2] Dabei soll der Schutzmacht-Anspruch nicht nur in der Präambel der Verfassung vermerkt, sondern mit einem eigenen Paragraphen hervorgehoben werden. Proteste aus Rom spielen laut Gahr keine Rolle. Der Südtirol-Sprecher der ÖVP erklärt: "Hier geht es um das Bekenntnis zu einer ohnehin seit Jahrzehnten praktizierten politischen Vorgehensweise Österreichs."

### Zusammenwachsen

Verschärft wird die Auseinandersetzung nun durch eine Forderung der FPÖ. Die Partei hat im Nationalrat in Wien einen Entschließungsantrag eingebracht, demzufolge sämtlichen "Altösterreichern" in Norditalien sowie ihren Nachkommen die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen werden soll. "Altösterreicher" sind einstige Bürger des Habsburgerreiches, zu dem Südtirol bis zum Ende des Ersten Weltkriegs gehörte; von ihnen stammen fast sämtliche deutschsprachigen Bürger Norditaliens ab. Der Entschließungsantrag der FPÖ, der darauf hinausläuft, die rund 300.000 deutschsprachigen Norditaliener nun per Passvergabe Wien zu unterstellen, liegt dem Innenausschuss des Nationalrats zur Beratung vor. Wie der Südtirol-Sprecher der FPÖ, Werner Neubauer, offen erklärt, geht es bei dem Antrag "um das Zusammenwachsen".[3] Bereits im Oktober hat die Süd-Tiroler Freiheit, eine norditalienische Partei, die die Abspaltung "Südtirols" aus Italien fordert, in Wien "Gespräche zum Thema doppelte Staatsbürgerschaft geführt" - nach ihren Angaben mit den "im österreichischen Nationalrat vertretenen Parteien". "Dabei konnte bei allen Parteien", sagt ein Landtagsabgeordneter der Sezessionisten-Organisation, "eine grundsätzliche Zustimmung zur doppelten Staatsbürgerschaft für die Süd-Tiroler festgestellt werden".[4]

### Deutsche Praxis

Bei dem Vorhaben können sich die völkischen Kräfte in Wien und Norditalien, die die Pläne unterstützen, auf eine seit den 1990er Jahren geübte Praxis Deutschlands berufen. Die Bundesrepublik verleiht an die deutschsprachigen Bürger ihrer östlichen Nachbarstaaten deutsche Papiere, die bisher unter anderem rund 200.000 Polen zu Deutschen gemacht haben. In Ost- und Südosteuropa ist diese Berliner Praxis, die keine Rücksicht auf die staatliche Souveränität der Grenzernachbarn nimmt, inzwischen verbreitet und ruft immer neue Spannungen

hervor. Italien bot bereits in den 1990er Jahren italienischsprachigen Slowenen an, die italienische Staatsbürgerschaft zu erwerben. In Ungarn werden entsprechende Maßnahmen zur Zeit geplant; sie betreffen rund 500.000 Slowaken und etwa 1,3 Millionen Rumänen.[5] Rumänien seinerseits spielt mit dem Gedanken, etwa eine Million Moldawier ("ethnische Rumänen") mit der rumänischen Staatsbürgerschaft auszustatten (german-foreign-policy.com berichtete [6]). Moldawien hat rund 3,3 Millionen Einwohner.

### **Deutsche Tradition**

Während in Österreich über Schutzmacht-Ansprüche und die Einverleibung italienischer Bürger diskutiert wird, gewinnen in Norditalien Stimmen an Auftrieb, die ein völkisch begründetes Sezessionsrecht fordern. In diesen Tagen wird in Südtirol an die Abstimmung in Bolzano erinnert, bei der in der Nacht vom 22. auf den 23. November 1969 das sogenannte Autonomie-Paket angenommen wurde. Die deutschsprachige Minorität in Norditalien erhielt damit weit reichende Sonderrechte und verzichtete auf Sezessionsforderungen - jedoch nur vorläufig, wie die aktuelle Entwicklung zeigt. Im Umfeld der 40-Jahre-Feiern werden Forderungen nach einem völkisch definierten "Selbstbestimmungsrecht" laut, demzufolge es ethnischen Minderheiten erlaubt sein müsse, die staatliche Abspaltung zu beschließen. Ein derartiges Recht ist im internationalen Recht nicht bekannt, entspricht aber der Tradition der völkischen deutschen Politik (german-foreign-policy.com berichtete [7]). "Paket in Ehren, aber besser der Freiheit entgegen", heißt es anlässlich der Erinnerung an das Autonomie-Paket bei der Partei Union für Südtirol, die ein "Selbstbestimmungsrecht" inklusive der Option zur Abspaltung von Italien verlangt.[8]

### **Mut zur Veränderung**

Als paradigmatisch kann eine Veranstaltung der "Süd-Tiroler Freiheit" vom vergangenen Samstag gelten. In der Süd-Tiroler Freiheit hat sich unter anderem das Milieu der ehemaligen "Südtirol-Bomber" organisiert. Bei diesen handelte es sich um völkische Terroristen, die in den 1960er Jahren und teilweise noch danach mit Sprengstoffanschlägen - manchmal mit Todesopfern - die Abspaltung Südtirols von Italien herbeibomben wollten. Auf der Veranstaltung forderte der Südtirol-Sprecher der österreichischen ÖVP, Hermann Gahr, es müsse mehr "Mut zur Veränderung in Südtirol" geben. Ein ehemaliger Justizminister Österreichs forderte, Wien müsse stärker für die "Wahrung und Entfaltung der Selbstbestimmung des vom Land Tirol abgetrennten Südtiroler Volkes" kämpfen. Ein Landtagsabgeordneter der Süd-Tiroler Freiheit erklärte, wegen des stetigen Zuzugs von "Ausländern" blieben "für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes" durch die Deutschsprachigen nur "noch 10 bis 15 Jahre".[9] Die Süd-Tiroler Freiheit ist beobachtendes Mitglied in dem Bündnis "European Free Alliance", das sezessionswillige Organisationen aus ganz Europa bündelt. Die "Alliance" kooperiert im Europaparlament in einer Fraktionsgemeinschaft mit der deutschen Partei "Bündnis 90/Die Grünen". (Der Kartenausschnitt entstammt der Website der "European Free Alliance" und zeigt ein "Tirol", das durch den Zusammenschluss des österreichischen Bundeslandes Tirol mit Südtirol entstanden ist und sich einem neuen Großdeutschland angeschlossen hat.)

### **Modell Liechtenstein**

Die aktuellen Sezessionsforderungen sind nicht auf die völkische Rechte beschränkt; bereits im Frühjahr diskutierten auch grün-alternative Kreise in Norditalien über die Gründung eines "Freistaats Südtirol", "Modell Liechtenstein".[10] Die Entwicklung zeigt die tatsächliche Funktion der vor allem in Berlin viel gepriesenen "Südtiroler Autonomie". Während die dortigen Autonomierechte deutscherseits immer wieder als Modell für die friedliche Beilegung von Sezessionskonflikten unter Wahrung der territorialen Integrität der betroffenen Staaten dargestellt werden, lässt die aktuelle Debatte in Österreich und in Norditalien erkennen, dass sie tatsächlich das Sezessionspotenzial nur eine Weile stillstellen - bis sich erneut die Chance zur Abspaltung ergibt. Fatal ist dies nicht nur für Italien, sondern auch für diejenigen Staaten, deren Minderheiten sich in Bolzano - meist bei der "Europäischen Akademie Bozen" - über Autonomierechte und ihre Installierung beraten lassen. In den vergangenen Jahren waren dies unter anderem der Irak [11] und tibetische Separatisten [12]. Bei der Gründung der "Europäischen Akademie Bozen" stand das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland Pate. Die Institution kooperiert mit Vorfeldapparaten der völkischen Außenpolitik Berlins, darunter das Europäische Zentrum für Minderheitenfragen [13] sowie die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen [14].

[1] s. dazu [Schutzmacht-Klausel](#)

[2] "Schutzmacht für Südtirol kommt in die Verfassung"; Tiroler Tageszeitung 15.11.2009

[3] Diplomatische Spannungen wegen Südtirol-Engagement; Tiroler Tageszeitung 23.11.2009

[4] JA zur doppelten Staatsbürgerschaft: In Wien bereits Gespräche mit allen Parteien geführt; [www.suedtiroler-freiheit.com](http://www.suedtiroler-freiheit.com) 25.11.2009

- [5] s. dazu **Das deutsche Blutsmodell (I)**  
[6] s. dazu **Das deutsche Blutsmodell (II)**  
[7] s. dazu **Selbstbestimmung , Logik der Dekomposition** und **Moralische Grundlage**  
[8] "Paket in Ehren, aber besser der Freiheit entgegen"; Südtirol Online 23.11.2009  
[9] "Für Selbstbestimmungsrecht bleiben uns noch 10 bis 15 Jahre"; Südtirol Online 22.11.2009  
[10] "Eine überaus reizvolle Idee"; ff - Das Südtiroler Wochenmagazin 12/2009  
[11] s. dazu **Parteiübergreifende Steuerungsgruppe**  
[12] s. dazu **Schwächungsstrategien (III)** und **À la Südtirol**  
[13] s. dazu **Hintergrundbericht: Das Europäische Zentrum für Minderheitenfragen**  
[14] s. dazu **Freund und Kollege , Schwelende Konflikte , Beziehungen pflegen** und **Hintergrundbericht: Die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen**

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

[info@german-foreign-policy.com](mailto:info@german-foreign-policy.com)